

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 79=99 (1933)

Heft: 12

Rubrik: Auslandschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUSLANDSCHRONIK

(In der „Auslandschronik“ werden Meldungen über ausländische Wehrfragen und Armeen aus Fach- und Tagespresse monatlich zusammengestellt. Die Zusammenstellung kann aus technischen Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder zeitliche Unmittelbarkeit erheben.)

Redaktion: Major i. Gst. Karl Brunner, Zürich

Ausländische Pressestimmen zu der Landesverteidigung der Schweiz.

Der «Petit Parisien» und das «Journal» befassten sich in ihren Ausgaben vom 12. Oktober mit der Behandlung der Militärkredite im schweizerischen Nationalrat und heben den unzweideutigen Neutralitätswillen der Schweiz hervor, wie er aus der Antwort des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartementes klar zutage getreten sei. Das «Journal des Débats» beschäftigt sich mit der Debatte im Nationalrat über die Gerüchte von einem deutschen Invasionsplan durch die Schweiz; das Blatt schreibt u. a.: «Bundesrat Minger hat im Nationalrat erklärt, das beste Mittel, die Ausführung solcher Projekte zu verhindern, sei für die Schweiz, eine möglichst gut ausgebildete und ausgerüstete Armee von anerkanntem Gefechtswert zu haben. Der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes hat eine durchaus vernünftige Ansicht. Es ist nur bedauerlich, dass unsere Minister diese Wahrheit bei ihrer Tätigkeit nicht im Auge behalten, die in gleicher Weise für Frankreich wie für die Schweiz gilt.»

Befestigung der franz.-belgischen Ostgrenze.

Die Frage der Ostgrenzbefestigungen von Frankreich und Belgien stellt unsere Landesverteidigung — ohne an eine konkrete Kriegsgefahr denken zu wollen — ein Problem, auf das mit allem Nachdruck verwiesen werden soll.

Frankreich.

Die Armeekommission des Senates hat sich mit der Verteidigung der französischen Grenzen beschäftigt. Ihr Vorsitzender, Senator Messimy, erklärte sich zwar von der Solidität des ostfranzösischen Verteidigungswalles beruhigt, forderte aber dringend die Verlängerung dieses Gürtels über die französisch-belgische Grenze bis zum Meer hinaus. Der Ausbau des französischen Verteidigungswalles in diesem Grenzabschnitt stösst bekanntlich auf erhebliche technische Schwierigkeiten, die mit der Beschaffenheit des Geländes zusammenhängen. Trotzdem sind die Mitglieder der Armeekommission der Ansicht, dass das Verteidigungswerk auch in diesem Grenzabschnitt errichtet werden müsse, schon in Anbetracht der Nähe der französischen Hauptstadt, die von Norden her völlig ungeschützt sei. Einstimmig hat die Kommission beschlossen, die kommende Regierung auf die Notwendigkeit der Erstellung dieses neuen Verteidigungsgürtels an der französisch-belgischen Grenze aufmerksam zu machen und ihr die sofortige Inangriffnahme des Projektes zu empfehlen.

Belgien.

Unter dem Vorsitz des Königs fand am 10. Oktober ein wichtiger, dem Problem der Landesverteidigung gewidmeter Ministerrat statt. Mit Einstimmigkeit wurden alle vom Minister der Landesverteidigung, Devèze, vorgeschlagenen und begründeten Massnahmen gutgeheissen. Damit siegte jene Forderung, die Landesverteidigung müsse unmittelbar an die Grenze verlegt werden, damit nicht von Anfang an das der Festungslinie vorgelagerte Gebiet dem eindringenden Feind preisgegeben werden müsse. Eine lange Kampagne, die sich gegen die Theorie des Generalstabs richtete, hat damit ihre Früchte getragen. Der Albertkanal, dessen Ar-

beiten schon weit gediehen sind, wird einen Teil des unmittelbaren Grenzschutzes bilden. Von ihm weg bis an die französische Verteidigungslinie wird die gesamte belgische Ostgrenze mit betonierten Unterständen versehen werden. Am «Tage der Wallonen» in Namur und bei andern Gelegenheiten ist nachdrücklich die Verbindung mit dem französischen Grenzschutz verlangt worden. Neben den Grenzschutzarbeiten soll die Militärlaviatik ausgebaut, die Schwerartillerie und die Maschinengewehr-Abteilungen verstärkt sowie die Reserven an Kriegsmaterial vermehrt werden. Im gesamten rechnet man mit einem ausserordentlichen Kredit von 700 Millionen, deren Verwendung sich auf die Jahre 1934 und 1935 verteilen wird. Der zuständige Minister wird die Beschlüsse bereinigen, damit das Parlament im November die Vorlage rasch diskutieren und genehmigen kann.

Der «Cercle Gaulois» veranstaltete ein Déjeuner zu Ehren der belgischen Armee. Der Minister für die Landesverteidigung, Devèze, erklärte in seiner Ansprache: «Belgien ist stolz und entschlossen, selbst über seine Sicherheit und seine Unantastbarkeit zu wachen. Es will stark und fähig sein, sich gegen jeglichen Versuch einer Eroberung oder Unterdrückung zu verteidigen, von welcher Seite er auch kommen möge. Belgien hat die schreckliche Lehre des Weltkrieges verstanden. Das ganze Land hat sich mit der Forderung an die Regierung gewandt, einen Entwurf vorzulegen, der die Verteidigung des belgischen Gebietes und die Instandstellung der Verteidigungsarmee sicherstellt. Das ist getan worden. Die Regierung wird vom Parlament die sofortige Bewilligung der notwendigen Kredite verlangen.»

Die «Oesterreichische Wehrzeitung» bringt eine der belgischen Presse entnommene Meldung, gemäss welcher eine Kommission von fünfzig englischen Offizieren unter Führung mehrerer leitender Persönlichkeiten und Sachverständigen der britischen Admiralität sich dieser Tage an der belgischen Küste aufhielt, um strategische Uebungen durchzuführen, die sich unter der Voraussetzung eines deutschen Einbruches entwickelten. Die Uebungen fanden natürlich mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen zivilen und militärischen Stellen Belgiens nach einem kürzlich ausgearbeiteten englischen Plan statt.

Niederlande.

Der Bericht der Zweiten Kammer zum Budget des Aussenministeriums ist veröffentlicht worden. Er nimmt u. a. zu der Frage Stellung, ob ein belgisch-französisches Militärbündnis für Holland von besonderer Bedeutung sei. Angesichts der Befestigungsbauten an der französischen Ostgrenze, die durch Belgien bis zur holländischen Grenze weiter geführt werden, glaubt sich Holland der Gefahr ausgesetzt, dass im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschlands andererseits die Feindseligkeiten auf holländisches Gebiet übergreifen könnten. Im Bericht wird die Regierung angefragt, welche Massnahmen sie zur Abwendung einer solchen Gefahr ergriffen habe.

Italien.

Der Ministerrat hat am 16. Oktober das Gesetz über die Heeresorganisation in der Weise abgeändert, dass eine bessere Gruppierung der Alpenregimenter und der sonstigen Gebirgsformationen möglich wird. Ferner wurde auf Antrag des Ministers für die Luftschiffahrt die Errichtung eines Luftrates beschlossen.

Schweden.

Das Blatt «Ni Tid», Organ des schwedischen Ministerpräsidenten, veröffentlicht einen aufsehen erregenden Artikel über die Landesverteidigung. Das sozialistisch eingestellte Blatt verweist darauf, dass die schweizerische

Sozialdemokratie aus dem Gefühl der Verantwortung für das Gedeihen der Demokratie dazu geführt wurde, Militärkredite zu bewilligen, und dass gleichzeitig die dänische Regierung ihre Abrüstungsvorlage zurückgezogen habe und an eine skandinavische Defensivunion denke. Das Blatt billigt sodann formell die jüngsten Erklärungen des Unterrichtsministers Engberg, der ganz besonders von einer sozialistischen Regierung verlangte, sie müsse über die Organisation einer starken nationalen Verteidigung wachen, da sich die Bedrohung der Demokratie verstärke. Zum Schluss schreibt das Blatt: «Unsere Verantwortung vor der Arbeiterklasse ist gross, und nichts wird uns hindern, unsere Aufgabe gegenüber der Landesverteidigung ernsthaft zu erfüllen.»

Japan.

Im Umlauf befindliche Gerüchte, nach denen Japan beabsichtige, vier neue Divisionen aufzustellen, werden aus Kreisen des Kriegsministeriums in Abrede gestellt. Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Armee der Sowjets zurzeit stärker sei, als sie jemals unter dem Regime der Zaren gewesen sei. Sie umfasse zehn Divisionen, 300 Tanks, Hunderte von Kampf-, Erkundungs- und Bombenflugzeugen, mit denen man zum sofortigen Angriff gegen Mandschukuo und Japan übergehen könne. Alles dies verursache in Japan «starke Beunruhigung» und dränge zu einer schleunigen Verbesserung der nationalen Verteidigung.

In militärischen Kreisen wird das Ergebnis der kürzlich stattgefundenen Luftmanöver über Tokio dahin zusammengefasst, dass die Hauptstadt Japans aus der Luft unangreifbar sei.

Vereinigte Staaten.

Für den Bau neuer Militärflugzeuge hat die Regierung einen Betrag in Höhe von 15 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Betrag in Höhe von 10 Millionen Dollar wurde für den Ausbau der Motorisierung der Armee bereitgestellt. Die Beträge stammen aus dem Fonds für die Durchführung öffentlicher Arbeiten und ihre Zuteilung an Heer und Marine erfolgt zur Förderung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung.

Die amerikanische Regierung hat die englische Anregung, das amerikanische Flottenbauprogramm mit Rücksicht auf die Genfer Abrüstungskonferenz hinauszuschieben, nunmehr beantwortet; sie teilte am 15. September der Londoner Regierung offiziell mit, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage seien, auch nur einen Teil der geplanten Flottenbauten zurückzustellen. Diese Antwort ist von der englischen Regierung als endgültige Ablehnung aufgefasst worden, so dass also von London in dieser Frage keine weiteren Schritte unternommen werden.

Im Weissen Hause und im Staatsdepartement wird grösste Zurückhaltung gegenüber der politischen Lage in Europa beobachtet. Roosevelt soll entschlossen sein, unter den gegenwärtigen Umständen bei den Komplikationen der europäischen Politik grösste Zurückhaltung zu beobachten, um zu verhindern, dass sein Land gegen seinen Willen in die europäische Politik hineingezogen werde. Indessen hat das Staatsdepartement seinen Vertreter in Gent, Norman Davis, beauftragt, mit Vertretern Frankreichs, Grossbritanniens und Italiens offiziöse Verhandlungen aufzunehmen mit dem Zwecke, die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zu unternehmen, die geeignet wäre, dem Frieden und der Stabilität Europas zu dienen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Toute reproduction d'article n'est autorisée qu'à la condition de mentionner le titre du journal.